

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Verbraucher- und Klimaschutz

17. Sitzung
19. Januar 2023

Beginn: 09.02 Uhr
Schluss: 11.40 Uhr
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Felix Reifschneider (FDP) fragt für seine Fraktion:

Sind dem Senat Probleme mit Hunden bekannt, die an sog. Schleppeinen durch Landschaftsschutzgebiete geführt werden?

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) merkt an, dass die genaue Intention der Frage unklar sei. Grundsätzlich sei es eher problematisch, wenn Hunde an bis zu 30 Meter langen Laufleinen geführt würden, weil damit der Halter keine wirkliche Kontrolle über den Hund habe. Das unterlaufe die Leinenpflicht. – Die rechtliche Lage im Stadtgebiet sei so, dass dort, wo viele Menschen auf engem Raum seien, die Hundeleine maximal 1 Meter lang sein dürfe. In öffentlichen Grünanlagen dürfe diese maximal 2 Meter lang sein. Eine Ausnahme seien die Auslaufgebiete. Eine durchgehende Kontrolle sei aber auch in Landschaftsschutzgebieten – LSG – nicht möglich. Die LSG hätten eigene Verordnungen, wo Weiteres geregelt sei.

Felix Reifschneider (FDP) präzisiert, ob es einen Unterschied mache, ob Hunde an Schleppeinen oder freilaufend durch LSG geführt würden.

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) unterstreicht, dass die fehlende Kontrolle mit Schleppeinen etwa dazu führen könne, dass Wildtiere durch Hunde aufgescheucht würden. Konkrete Problemanzeigen seien aber nicht bekannt.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) fragt für seine Fraktion:

Welchen Beitrag kann und muss die Vattenfall Wärme zum Gelingen der Energiewende beitragen?

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) führt aus, dass das Land Berlin eine Interessensbekundung für die Vattenfall Wärme abgegeben habe, um die Fernwärme wieder zu re-kommunalisieren. Dies sei nötig, um die Transformation hin zu einer dekarbonisierten Fernwärme zu schaffen. Das Land Berlin könne dann neben dem regulativen Rahmen auch die nötigen Investitionen tätigen, um die Klimaschutzziele zu erreichen und die Bevölkerung finanziell zu entlasten. Das stelle ein umfangreiches Investitionsprojekt dar, da die Fernwärme noch überwiegend auf fossilen Energieträgern basiere. – Es sei wichtig, dass sich Vattenfall an die Absprachen und Zusagen halte. Letztes Jahr habe Vattenfall zugesichert, dass nur an Investoren verkauft werde, welche die Wärmewende voranbringen würden. Ebenfalls müsse die verabredete Umrüstung der Kraftwerksstandorte in Berlin eingehalten werden.

Nina Lerch (SPD) fragt für ihre Fraktion:

Wie achtet die Senatsverwaltung darauf, dass bei der Umgestaltung der Straße „Unter den Linden“ so wenig Bäume wie möglich gefällt werden und gesunde Bäume nicht zur Fällung freigegeben werden?

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) erläutert, dass die Maßnahmen auf dem Mittelstreifen der Straße Unter den Linden darauf abzielten, dort mehr und gesunde Bäume zu pflanzen. Dafür müsse aber der zu durchwurzelnde Bereich vergrößert werden, weswegen teilweise auch wenig geschädigte Bäume gefällt und dann nachgepflanzt werden müssten. Langfristig diene das der Gesundheit der Bäume. Die Umgestaltung gehe auf ein Bürgerbeteiligungsverfahren zurück.

Nina Lerch (SPD) fragt nach, wie lange die Bäume im Straßenbild fehlten.

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) antwortet, dass der genaue Zeitraum nicht bekannt sei. Es werde letztlich aber mehr Bäume geben als vorher.

Danny Freymark (CDU) fragt, wie der Senat den Stand der Dekarbonisierung der Schifffahrt in Berlin bewerte. Seien die rechtlichen Rahmenbedingungen ausreichend, das zu unterstützen?

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) erläutert, dass es aufgrund eines großzügigen Förderprogramms des Bundes positive Entwicklungen gebe. Viele Reeder würden Anträge stellen und planen, auch größere und ältere Schiffe umzurüsten. Um neuen Marktteilnehmern leichtere Zugangsbedingungen zu geben, sollten die Steganlagen perspektivisch durch das Land Berlin verwaltet werden. Derzeit verpachte der Bund die Flächen der Stege, weil die

meisten Berliner Gewässer Bundeswasserstraßen seien. Der Bund selbst habe kein Interesse an der Verwaltung der Stege, sodass es möglich sei, die Flächen an das Land Berlin zu verpachten, das dann die Stege verwalte.

Danny Freymark (CDU) greift auf, dass private Anbieter angeboten hätten, die Ladeinfrastruktur mitaufzubauen. Sei das ein sinnvoller Ansatz oder erst nach der Übernahme der Stege von Interesse?

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) führt aus, dass es noch keine weiteren Erkenntnisse zu dem benötigten Ausbau der Infrastruktur gebe.

Katalin Gennburg (LINKE) zeigt sich beunruhigt, dass das Brandenburger Umweltamt der Tesla Germany GmbH die volle Zuständigkeit über das Grundwasser am Standort Grünheide gegeben habe. Der Wasserverband Strausberg-Erkner gehe gerichtlich dagegen vor. Sei der Schutz des Grundwassers gewährleistet?

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) erläutert, dass Tesla plane, eine Industriekläranlage zu errichten, die das Abwasser in die Müggelspree ableite. Die SenUMVK habe seine Forderung, dass alle Umweltstandards bezüglich des Trink- und Grundwasserschutzes eingehalten werden müssten, im Beteiligungsverfahren gegenüber dem zuständigen Land Brandenburg zum Ausdruck gebracht. Tesla habe daraufhin zugesichert, zu prüfen, eine abwasserarme Fabrik, die das Wasser recycle, zu betreiben. Da Berlin zusammen mit Brandenburg im Masterplan Wasser vereinbart habe, den Grundwasserschutz bei Industrieanlagen miteinzubeziehen, werde das Vorhaben Teslas genau geprüft.

Katalin Gennburg (LINKE) bittet, dass deutlich gemacht werde, dass das Grund- und Abwasser eine hoheitliche Aufgabe sei, die nicht vollständig an ein Unternehmen wie Tesla abgetreten werden dürfe.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) stellt klar, dass das Genehmigungsverfahren grundsätzlich in staatlicher Hand sei und Berlin im Beteiligungsverfahren seine Bedenken eingebracht habe. Es sei interessant, dass Tesla die Bedenken aufgegriffen habe und nun andere Möglichkeiten prüfe.

Der **Ausschuss** schließt die Aktuelle Viertelstunde ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) berichtet, dass nach der Diebstahlserie in öffentlichen Toilettenanlagen sowohl eine bargeldlose als auch eine kostenlose Nutzung von 50 öffentlichen Toiletten getestet worden sei. Die Evaluierung habe ergeben, dass bei den kostenlosen Toiletten kein verstärkter Vandalismus aufgetreten sei. Aufgrund dieses Erkenntnis würden nun 50 weitere Anlagen kostenlos. Für ein noch größeres Angebot müsse das Abgeordnetenhaus die entsprechenden Mittel bereitstellen.

Danny Freymark (CDU) weist hin, dass das Angebot kostenloser Toiletten auch auf die Außenbezirke ausgedehnt werden müsse. Eine Zahlung mit Kreditkarte stelle eine Hürde für Ältere und Kinder dar. – Um das Konzept effektiv unterstützen zu können, brauche es eine genaue Auflistung der Mehrkosten.

Katalin Gennburg (LINKE) unterstreicht, dass die nun kostenlosen öffentlichen Toiletten eine Folge der Beharrlichkeit der Fraktion Die Linke sei. Öffentliche Toiletten müssten kostenlos und zahlreich verfügbar sein. – Es sei kritisch, dass laut Berichten der Zugang zu den Anlagen immer noch nur mit einer Karte möglich sei, selbst wenn diese kostenlos seien.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) antwortet, dass die Kosten derzeit in Vorbereitung auf die nächsten Haushaltsberatungen ermittelt würden. Auch der nächste Haushalt stehe unter der Maßgabe der Konsolidierung, daher könnten die Mittel nur gezielt erhöht werden. Sie hoffe auf eine breite Unterstützung der Fraktionen. – In weitläufigen Bezirken wie Hohenschönhausen sei die Zugänglichkeit zu kostenlosen Toiletten tatsächlich erschwert. Gegebenenfalls müssten solche Bezirke besonders bedacht werden. – Sie sei davon überrascht, dass es weiterhin Karten zum Öffnen brauche.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0772

**Gesetz zur Änderung des Kreislaufwirtschafts- und
Abfallgesetzes Berlin und des Allgemeinen
Sicherheits- und Ordnungsgesetzes**

[0078](#)
UVK
Haupt

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) bemerkt einleitend, dass die Vorlage das Problem der illegalen Müllablagerungen löse, indem die BSR nun im gesamten Stadtgebiet für deren Beseitigung zuständig sei.

Felix Reifschneider (FDP) erkennt an, dass die Vorlage eine kurzfristig wirksame Lösung sei, aber langfristig müssten die Ursachen gelöst werden. Dazu brauche es einen verstärkten Kontroll- und Verfolgungsdruck gegenüber den Verursachern, kostenlose Sperrmüllabholungen sowie eine verstärkte Umweltbildung der Berliner/-innen. Private Entsorgungsunternehmen müssten über Ausschreibungen ebenfalls die Möglichkeit der Beteiligung bekommen.

Nina Lerch (SPD) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Sie erhoffe sich auch eine höhere Effizienz der Entsorgung durch eine Priorisierung nach Hotspots, um zu vermeiden, dass neben bereits bestehenden Müllbergen neue entstünden. Die BSR habe durch die Pilotprojekte bereits die nötige Erfahrung. Die SPD-Fraktion hoffe auf ein schnelles Gesetzgebungsverfahren. Der Aspekt der Strafverfolgung müsse noch einmal gesondert betrachtet werden.

Danny Freymark (CDU) unterstreicht, dass alle Fraktionen die Mehrkosten von 10,4 Mio. Euro mittragen. Angesichts der schlechten Ausstattung der bezirklichen Grünflächenämter sei

es richtig, dass ein Landesunternehmen wie die BSR auch bei der Parkreinigung mehr Verantwortung übernehme. – Grundsätzlich brauche es mehr Sperrmüllaktionstage oder eine kostenlose Sperrmüllabholung pro Haushalt, was auch der ordnungsgemäßen Weiterverwendung entgegenkomme. – Die neugeschaffenen „Mülldetektive“ kämen nicht für den ursprünglichen Zweck zum Einsatz, da diese für reguläre bezirkliche Aufgaben eingesetzt würden. Hier müsse der Senat auf den Einsatz hinwirken. Die Strafen etwa für das Wegwerfen von Zigarettenkippen müssten ebenfalls verstärkt durchgesetzt werden.

Katalin Gennburg (LINKE) bezweifelt, dass die eingestellten 2,1 Mio. Euro für die Entsorgung illegaler Bauabfälle ausreiche, da diese schwer zu entsorgen seien. Wie sei das kalkuliert? Ihre Fraktion betone, dass die Beseitigung illegaler Abfälle nicht vom Gebührenzahler finanziert werden dürfe, sondern durch den Landeshaushalt. Sie unterstütze ebenfalls die aktuellen Lohnforderungen der BSR-Beschäftigten. Wenn das Unternehmen mehr Aufgaben und mehr Finanzmittel übertragen bekomme, müssten auch höhere Löhne unterstützt werden.

Frank-Christian Hansel (AfD) fragt nach, ob die Zuwendungen an die BSR ausreichen, und wie die BSR das Gesetz umsetze.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) vertritt den Standpunkt, dass es eine Mischung aus der Sensibilisierung der Bürger und Kontrollen brauche. Die Bewohner einer Stadt seien Teil eines Sozialgefüges und müssten auch ein Bewusstsein für Eigenverantwortung entwickeln. Das Grundproblem der nicht ausreichenden Personalausstattung für Kontrollen in den Bezirksämtern sei bekannt. Auch die "Mülldetektive" seien keine ausreichende Lösung, da diese keine Vertreter des Gewaltmonopols des Staates seien und keine entsprechenden Befugnisse hätten. Die Finanzierung von ergänzenden Angeboten wie kostenlose Sperrmüllabholungen oder das Tragen der Mehrkosten aus Landesmitteln werfe Fragen der Gerechtigkeit auf.

Dr. Benjamin Bongardt (SenUMVK) [zugeschaltet] erläutert, der Vorteil der Gesetzesänderung sei, dass die Entsorgung der Bauabfälle nun eine hoheitliche Aufgabe sei, sodass die Bezirke keine Umsatzsteuer bezahlen müssten. Ziel sei es, die Ausgaben für Berlin möglichst zu reduzieren. – Die Kalkulation der 2,1 Mio. Euro basiere auf bisherigen Erfahrungswerten, deren Validität sich zeigen werde. Sicher sei, dass die Bezirke um diesen Betrag entlastet würden. Bislang hätten diese die Entsorgung bei privaten Unternehmen beauftragt und bezahlen müssen. Nun erfolge die Abrechnung aus dem Titel "Stadtabrechnung". Lohn- und Tarifierpassungen würden berücksichtigt und seien immer der höchste Posten bei Gebührensteigerungen der BSR. – Um die Vollzugsprobleme zu beheben, gebe es den Prozess der Neustartagenda, in dem zusätzliche Personalstellen geschaffen werden sollten. In den letzten Jahren habe die Coronapandemie viele Ressourcen gefordert. – Eine kostenlose Abholung aus dem Haushalt sei teuer und werde von der Gebühr von 50 Euro nicht gedeckt. Mit diesem Verfahren könne aber die Vermüllungsgefahr auf der Straße reduziert werden. Das Angebot der Kieztage biete auch die Chance der Weiterverwendung. – Die Effizienz bei der Routenplanung werde beachtet. Das Anliegenmanagementsystem laufe weiter, und die Bezirke übernahmen weiterhin die Verfolgung der illegalen Entsorgung.

Dunja Wolff (SPD) regt an, als Anreiz für eine legale Entsorgung von Baustoffen die Höhe der Kosten der Entsorgung zu senken.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) begründet den Änderungsantrag, dass der 1. Januar nicht mehr möglich sei, daher sei die angepasste Formulierung sinnvoller.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke anzunehmen und dem Hauptausschuss die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0772 zu empfehlen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0075](#)
Zur Arbeit des Berliner Klimaschutzrates UVK
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion der FDP)

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme – [0074](#)
Drucksache 19/0777 UVK
Stellungnahme des Senats zu den Empfehlungen des Mobil
Berliner Klimabürger:innenrats
(auf Antrag der Fraktion Die Linke, der Fraktion der
SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) stellt dar, sie habe sich vor allem dafür interessiert, wie die Bürger/-innen über Maßnahmen abstimmen, wenn diese sie direkt betreffen. Das Versprechen, sich ernsthaft mit den Empfehlungen des Rats zu beschäftigen, habe der Senat erfüllt. Viele Empfehlungen seien im neuen BEK berücksichtigt worden, und für die abgelehnten finde sich eine Begründung im Anhang des BEK. Beim Thema Autoverkehr sei deutlich geworden, dass auch einschränkende Maßnahmen wie eine Parkraumbewirtschaftung und der Stopp der A 100 Mehrheiten bekommen hätten. Dem Ausbau des ÖPNV stimmten sogar 90 Prozent zu. Diese Erkenntnis könne helfen, die Debatten zu versachlichen. Der Rat habe die Diversität der Berliner Bevölkerung gut abgebildet.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) unterstreicht, dass der respektvolle Umgang mit den Empfehlungen der engagierten Bürger/-innen wichtig sei. Gerade bei Ablehnungen von Empfehlungen müsse genau begründet werden, warum etwas nicht umgesetzt werden könne. Seine Fraktion hätte sich gewünscht, dass mehr Forderungen, gerade aus dem Bereich Mobilität, im BEK aufgenommen worden wären. Der Verkehrsbereich verfehle die Klimaschutzziele, da Pull-Faktoren alleine nicht ausreichten. Er frage den Senat, ob geplant sei, den Prozess im Hinblick darauf, ob es Verbesserungspotenzial bei der Zusammensetzung, dem Diskussions-

verlauf und den Inputs der Experten gebe, zu evaluieren. Wenn ja, wann könne das veröffentlicht werden?

Ferat Koçak (LINKE) stellt dar, dass das Aufgreifen der meisten Empfehlungen und das Format des Bürger- und Bürgerinnenrats zu begrüßen seien. Manche Empfehlungen seien aber nicht oder nur in abgeschwächter Form im BEK enthalten. Angesichts der laufenden Ausschreibungen für den Weiterbau der A 100 sei es ein großer Unterschied, ob sich der Senat wie vom Rat gefordert auf der Bundesebene für einen Stopp der A 100 einsetze oder wie im Senat beschlossen den Weiterbau nur nicht unterstütze. Hier müsse das Abgeordnetenhaus im weiteren Gesetzgebungsverfahren nacharbeiten. Im Mobilitätsbereich müsse darauf geachtet werden, keine Aggressionen zwischen Auto- und Radfahrenden zu fördern. Die Bürger/-innen müssten in den Prozess eingebunden sein.

Frank-Christian Hansel (AfD) bezweifelt, dass der Rat repräsentativ zusammengesetzt gewesen sei. Manche Bürger seien vielleicht aufgrund des gegenderten Titels von einer Teilnahme abgeschreckt gewesen. Das relativere die Zustimmungswerte, die gerade im Mobilitätsbereich sehr knapp seien.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) weist darauf hin, dass es intensive Bemühungen gegeben habe, um Unterrepräsentationen von Bevölkerungsgruppen und Stadtteilen auszugleichen. In dieser durchmischten Zusammensetzung hätte die Bevölkerung der Stadt aber bisher nirgendwo sonst über dieses Thema diskutieren können. Die Teilnahmebereitschaft habe auch davon abgehängt, ob sich die Person genügend für das Thema interessiere, um seine Zeit zu investieren. Es habe auch ablehnend gestimmte Teilnehmer gegeben, die sich gegen die Maßnahmen ausgesprochen hätten. – Einseitig den Autoverkehr unattraktiv zu machen, sei unverantwortlich und keine Politik, die sie verfolge. Zielführender sei es, sich auf gemeinsame Ziele wie dem Klimaschutz und der Verkehrssicherheit zu besinnen. Beides habe eine hohe interfraktionelle Zustimmung, könne aber nur mit einer Reduzierung und Verlangsamung des Autoverkehrs erreicht werden. Der Platz müsse neu verteilt werden. – Bezüglich der A 100 wende sie ein, dass es bislang nur ein Moratorium im Senat gegeben habe. Der neue Beschluss, der ohne die Empfehlung des Klimabürger:innenrats nicht zustande gekommen wäre, setze den Bund unter Druck, die A 100 aus dem vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans rauszunehmen. Der 16. Bauabschnitt könne dann mit einem sinnvollen Verkehrskonzept abgeschlossen werden.

Dunja Wolff (SPD) unterstreicht, dass die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger/-innen häufiger sowie früher in Planungsprozessen stattfinden müssten. Der Autoverkehr müsse zwar reduziert werden, aber wenn gleichzeitig der Radwegeausbau stocke, rufe das Widerstände hervor. Gerade in den Außenbezirken seien die Menschen noch auf das Auto angewiesen.

Felix Reifschneider (FDP) würdigt, dass derartige Bürgerräte eine wichtige Form des Engagements seien, wie in einer Großstadt die Bürger/-innen auch in komplexe Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden könnten. Gebe es Pläne, ähnliche Formate auch auf lokaler Ebene zu spezifischeren Themen stattfinden zu lassen? Der Umgang des Senats mit den Empfehlungen sei gut gewesen. – Welchen zeitlichen Vorlauf sehe die Senatsverwaltung als ausreichend an, damit sich die Bürger/-innen auf die Einrichtung einer Null-Emissions-Zone vorbereiten könnten? Grundsätzlich lehne die FDP-Fraktion das Ansinnen ab. Alle aktuellen Grenzwerte würden eingehalten.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) unterstreicht, dass ähnliche Räte auch auf der Bezirksebene sinnvoll sein könnten, wenn sie sich auf übergreifende Themen bezögen, von den Verantwortlichen ernst genommen würden und gut umgesetzt seien. Bereits umstrittene Projekte könnten aufgrund der Lagerbildung nicht mehr aufgelöst werden. – Mit den Teilnehmern des Klimabürger:innenrats werde es im Sommer 2023 ein Treffen geben, um die Umsetzung der Empfehlungen zu besprechen. – Die SenUMVK habe eine Zero Emission Zone ab 2030 vorgeschlagen. Bis dahin sei der Ausbau der Ladeinfrastruktur und die Verbreitung von E-Autos so weit, dass das keine Zumutung mehr darstelle. Es müsse aber rechtzeitig angekündigt werden. Leider habe sich der Senat nicht darauf einigen können.

Der **Ausschuss** nimmt die Vorlage – zur Kenntnisnahme – Drucksache 19/0777 zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0033](#)
UVK
**Ist die Berliner Gastronomie auf die Einführung der
Mehrwegpflicht in 2023 vorbereitet?**
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 24.11.2022

Felix Reifschneider (FDP) fragt nach, ob in den Bezirksämtern die Zuständigkeiten mittlerweile geklärt und die entsprechenden Maßnahmen umgesetzt worden seien. Wie bewerte der Senat die Umsetzung? Müsse nachgesteuert werden?

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) weist hin, dass der Vollzug Aufgabe der Bezirksämter sei und die SenUMVK keine Fachaufsicht habe.

Dr. Benjamin Bongardt (SenUMVK) [zugeschaltet] schlägt vor, eine Schriftliche Anfrage zu stellen, um eine Übersicht aus allen Bezirken zu bekommen. Der SenUMVK liege keine Übersicht vor.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 7 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – [0071](#)
UVK
Haupt
Mobil(f)
Drucksache 19/0721
**Neuntes Gesetz zur Änderung des
Straßenreinigungsgesetzes**

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) erläutert, dass die Änderung die Bezirke beim Personal- und Administrationsaufwand entlaste, indem der Senat die Beauftragung der Straßenreinigung und des Winterdienstes in Grünanlagen sowie die Gebühren zentral über-

nehme. Geld werde nicht gespart. Wie schnell die Entlastung bei den Bezirken ankomme, hänge nun vom Abgeordnetenhaus ab.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) fragt nach, ob die Entlastungseffekte durch die Bezirke evaluiert würden. Freigewordene Kapazitäten könnten dann anderweitig eingesetzt werden.

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) antwortet, dass keine Evaluierung geplant sei. Es sei davon auszugehen, dass jede Entlastung der Bezirksamter aufgrund der Personalsituation sinnvoll sei und andere Aufgaben gestärkt würden.

Dr. Benjamin Bongard (SenUMVK) [zugeschaltet] weist hin, dass die Entlastung im Bereich der Rechnungsprüfung stattfinde. Auf die Stellen in der Grünflächenpflege habe dies keine Auswirkungen.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem federführenden Ausschuss für Mobilität, dem Plenum die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0721 zu empfehlen.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.